



Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr,  
Postfach 1 01, 30001 Hannover

**Niedersächsisches Ministerium  
für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

MUSTER

Kostenfestsetzungsbescheid für EA-Leistungen  
nach § 71a VwVfG

Kassenzeichen (bitte stets angeben)

**EA-Land 2010/0000XX**

Bitte keine Sammelüberweisungen

(je Kassenzeichen nur den entsprechenden Betrag)

Bearbeitet von

E-Mail

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)  
21-32181/3501/EA-Gebühren

Durchwahl (05 11) 1 20-

Hannover

### Kostenfestsetzungsbescheid nach Landesrecht

Sehr geehrte

A. Kostenanlass				
Sie haben die nachstehend unter B. festgesetzten Kosten des Verfahrens aufgrund meines Bescheides vom tt.mm.jjjj (21-32181/3501) für die gebührenpflichtige Inanspruchnahme des Einheitlichen Ansprechpartners nach § 71 Abs. a Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) zu tragen.				
B. Kostenfestsetzung				
§§ 1, 3, 5, 6 u. 9 Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz in Verbindung mit § 1 Abs 1 des Niedersächsischen Gesetzes über Einheitliche Ansprechpartner in Verfahren nach § 71 Abs. a VwVfG	Kostentarif	Gebühr €	Ermäßigung	€
Gebühren nach der Allgemeinen Gebührenordnung (AllGO)	36			
Zu zahlender Gebührenbetrag				
Nach der Gebührezziffer 36 des Kostentarifs zur AllGO beläuft sich der Gebührenrahmen für Genehmigungen, Erlaubnisse, Ausnahmegewilligungen (auch gewerblicher Art) sowie sonstige auf Antrag vorzunehmende Amtshandlungen, für die in diesem Kostentarif oder in anderen Rechtsvorschriften besondere Gebühren weder bestimmt sind noch Gebührenfreiheit vorgesehen ist auf 12.-- bis 2.060.-- €. Es wird eine Gebühr von XXX.-- € festgesetzt. Darin sind sämtliche Auslagen enthalten.				
C. Zahlungsaufforderung				
<b>Der Gesamtbetrag ist spätestens 24 Werktage nach Datum des Bescheides kostenfrei einzuzahlen.</b>				
<b>Hinweis: Bitte überweisen Sie den Betrag innerhalb der genannten Frist auf das Konto Nr. 106 022 312 (BLZ 250 500 00) bei der Nord/LB Hannover. Es wird dringend darum gebeten, den o. g. Betrag einzeln unter Angabe des o. a. Kassenzeichens zu überweisen. Einzahlungen ohne Kassenzeichen sowie Sammelüberweisungen könnten nicht ordnungsgemäß gebucht werden.</b>				
Bitte halten Sie die Zahlungsfrist ein. Bei verspäteter Zahlung haben Sie die ggf. entstehenden Kosten einer Mahnung zu tragen.				
Wenn Sie gegen den Bescheid zu A (Kostenanteil) Klage erhoben haben, so sind die festgesetzten Kosten erst nach Abschluss des Klageverfahrens zu zahlen.				
Sofern Sie nur gegen die Kostenfestsetzung zu B Klage erheben, entfaltet die Klage keine aufschiebende Wirkung (§ 80 Abs. 2 Nr. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung). Die Zahlungsverpflichtung besteht vielmehr unverändert weiter.				



Dienstgebäude/  
Paketanschrift  
Friedrichswall 1  
30159 Hannover

Telefon  
(05 11) 120-0

Telefax  
(05 11) 1 20-57 70  
(05 11) 1 20-57 78

E-Mail  
Poststelle@mw.niedersachsen.de

Bankverbindung  
Nord/LB (BLZ 250 500 00) Konto 106 022 312  
IBAN: DE94 2505 0000 0106 0223 12  
SWIFT-BIC: NOLA DE 2H

D. Rechtsbehelfsbelehrung
Gegen diesen Kostenfestsetzungsbescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Hannover, Eintrachtweg 19, 30173 Hannover, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichtes erhoben werden.
E. Erläuterungen
Die genannten Vorschriften beziehen sich auf das Niedersächsische Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) vom 25.04.2007 (Nds. GVBl. S. 172), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.03.2010 (Nds. GVBl. S. 134) in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen und Leistungen (Allgemeine Gebührenordnung – AllGO) vom 05.06.1997 (Nds. GVBl. S. 171; 1998 S. 501), zuletzt geändert durch Verordnung vom 07.11.2009 (Nds. GVBl. S. 452) sowie die Anlage (Kostentarif) zu dieser Verordnung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

#### Vermerk über die Feststellung der Gebühren nach § 71 a VwVfG

Für die Inanspruchnahme des EA zur Verfahrensabwicklung oder für umfangreiche Informationsauskünfte (mehr als 15 Minuten Zeitaufwand) erhebt der EA für seine Tätigkeit eine **Gebühr** nach Zeitaufwand. Bei der Verfahrensabwicklung beträgt diese Gebühr maximal 15% der von den zuständigen Behörden erhobenen Gebühren.

Gem. Runderlass MW 20-32181/3501/EA-Gebühren vom 01.03.2010 sind für Tätigkeiten nach § 71 a VwVfG bis zur Normierung eines besonderen Gebührentatbestandes im Kostentarif zur AllGO die EA-Gebühren auf der Grundlage der Tarifnummer 36 des Kostentarifes zu erheben.

Der derzeitige Gebührenrahmen nach AllGO TZ 36 beträgt 12 bis 2.060 Euro.

- € Die Gebühr beträgt 13,25 Euro/17,25 Euro pro angefangene Viertelstunde (s. o. b. Runderlass).
- € Der Zeitaufwand wird mit **XXX** Minuten festgestellt.
- € Die für die Verwaltungsverfahren angefallenen Gebühren und Auslagen wurden von den Zuständigen Behörde mit zusammen **XXX** Euro beziffert.
- € Unter Berücksichtigung der 15 % Kappungsgrenze wurde somit eine EA-Gebühr in Höhe von **XXX Euro** erhoben.

2.) Z 2, wegen Vereinnahmung bei Titel 111 01-03 (Gebühren und tarifliche Entgelte).

3.) Z. d. A.